

Kassenfusion: Der Weg ist lang und steinig

Die von ÖVP und FPÖ blumig versprochene „Patientenmilliarde“ wird es wohl nicht geben. Vielmehr ist der Fusionprozess aufwendig und teuer.

••• Von Martin Rümmele

Vor allem fusionserfahrene Pharmamanager haben es hinter vorgehaltener Hand von Beginn an vermutet: Die Zusammenlegung von neun Gebietskrankenkassen zu einer wird aufwendig, teuer und die Kassen wohl auf Jahre hin lähmen.

Warum auch sollten die Krankenversicherungen die Zusammenlegung von neun Unternehmen besser hinbekommen, als Pharmakonzerne die Fusion von normalerweise zwei Unternehmen. Die von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Ex-Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein (FPÖ) im Jahr 2018 versprochene „Patientenmilliarde“ wird es wohl so nicht nur nicht geben, sie wird vor allem Kurz noch jahrelang nachhängen. Jedes Mal nämlich, wenn, wie jetzt, Prognosen und Ergebnisse präsentiert werden, die tief rot sind. Und das wird, so die bisherigen Gepflogenheiten fortgesetzt werden, vierteljährlich sein.

Blutrote Startbilanz

Die Eröffnungsbilanz der neuen Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) und die Gebarungsvorschau verheißen jedenfalls nicht Gutes: Bis 2024 sollen die Verluste zusammengerechnet auf 1,7 Mrd. € ansteigen. Das sei eine Prognoserechnung, die „zeigt, was passiert, wenn keine Maßnahmen getroffen werden“, sagt ÖGK-Generaldirektor Bernhard Wurzer. „Ob und in welcher Form diese Prognosen eintreffen werden, hängt davon ab, welche



© APX/Herbert Neubauer

Instrumente man dem Management zur Steuerung in die Hand gibt, um die Zielsetzungen der Fusion umsetzen zu können.“ Der Aufschrei aller Stakeholder, der Arbeitnehmer und der Opposition folgten jedenfalls prompt. ÖVP und FPÖ hätten mit der Reform die Kassen kaputt saniert, war der Tenor. Zudem habe die alte Regierung mit Reformen, wie den Kürzungen bei der Unfallversicherung durch Verschiebung von Kosten zur ÖGK und

der Erhöhung der Zahlungen an den Privatkrankeanstaltenfonds der ÖGK einen Mühlstein mit Belastungen von 774 Mio. € bis 2024 umgehängt.

Die Antwort von ÖVP und Arbeitgebern folgte ebenso prompt und war keineswegs überraschend: Schuld seien die roten Vorgänger, die noch vor der Fusion kräftig Geld ausgegeben hätten, hieß es. Nicht zuletzt deshalb sei die Zusammenlegung der Kassen geradezu notwendig.

Tatsächlich dürfte die Wahrheit in der Mitte liegen, denn 2018 nach Verkündung der Reform haben ÖVP und FPÖ sofort eine Ausgabenbremse in den Kassen durchgesetzt und die Arbeitgeber haben in den Kontrollgremien mit Mehrheit alle Ausgaben abgesegnet.

ÖGK kündigt Sparkurs an
Sozial- und Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) will nun mit einem Kassasturz für